

Der Freisinn FDP

Nr. 3
März 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Gegen willkürliche Festlegung von Abstimmungsterminen

Speditiver Entscheid über Volksinitiativen

Mit einer von 63 Ratskollegen unterzeichneten Motion fordert FDP-Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen AG, den Bundesrat auf, eine gesetzliche Regelung vorzubereiten, welche die Exekutive verpflichtet, die Abstimmung über Volksinitiativen binnen Jahresfrist seit Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte durchzuführen. Warum er seinen Vorstoss eingereicht hat, erläutert der Motionär nachstehend:

Mit dieser Vorschrift soll nicht nur das Parlament für die Behandlung von Initiativen, sondern auch der Bundesrat für die Ansetzung der Abstimmung an eine Frist gebunden werden, was bisher nicht der Fall war. Die Urheber und die Unterzeichner einer Volksinitiative haben nicht nur Anspruch auf eine speditive Behandlung ihres Begehrens durch Bundesrat und eidgenössische Räte im Sinne des Geschäftsverkehrsgesetzes, sondern auf einen raschen Entscheid von Volk und Ständen.

So rasch als möglich

Ein solcher entspricht nicht nur dem Sinn und Geist dieses Volksrechtes, sondern auch dem Bedürfnis nach Rechtssicherheit, d. h. möglichst rascher Klärung einer offenen Frage. Der Bundesrat muss deshalb dazu angehalten werden, die Volksabstimmung über Volksinitiativen nach deren Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte so rasch als möglich anzusetzen.

Die Abstimmung über eine hängige Initiative darf vor allem nicht verzögert werden, um



Druck auf den Gesetzgeber auszuüben, in einer bestimmten Richtung tätig zu werden und/oder entsprechende Entscheide zu fällen. Nachdem solche Verzögerungen von Volksabstimmungen vor allem aus taktischen Erwägungen in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen sind, erscheint es als angezeigt, nicht nur dem Parlament für die

Behandlung von Volksinitiativen, sondern auch dem Bundesrat für die Ansetzung der Volksabstimmung einen gesetzlichen Termin zu setzen.

Angemessene Frist – zweckmässiges Vorgehen

Welches ist nun die angemessene Frist für die Durchführung der Volksabstimmung? Um die Häufung von Vorlagen auf einen Abstimmungstermin zu vermeiden und den Parteien sowie anderen Interessengruppen genügend Zeit zur Information des Stimmbürgers zu geben, liegt es auf der Hand, dass diese nicht allzu knapp bemessen werden darf. Nachdem sich die Regel eingebürgert hat, jährlich vier eidgenössische Abstimmungstermine festzusetzen, erscheint die maximale Frist von einem Jahr zur Durchführung der Abstimmung über eine Volksinitiative auch unter diesem Gesichtspunkt als angemessen. Die sechs Monate, welche ein EVP-Vertreter mit einer parlamentarischen Initiative fordert, dürften demgegenüber zu knapp bemessen sein.

Von Bedeutung ist auch die Wahl des richtigen Instrumentes zur Durchsetzung dieses Anliegens. Bereits ist zur Regelung dieser Frage eine Volksinitiative lanciert worden. Dies würde aber eine Änderung der Bundesverfassung bedingen, was nicht nur gesetzgebungstechnisch unerwünscht, sondern auch vom Aufwand her völlig unangemessen ist. Einfacher, rascher und zweckmässiger ist es, durch die Überweisung meiner Motion eine Gesetzesänderung sofort in die Wege zu leiten und möglichst bald in Kraft zu setzen. Den weit verbreiteten und in letzter Zeit besonders aktuell gewordenen Anliegen eines raschen Entscheides über Volksinitiativen kann so am besten Rechnung getragen werden.

Interview mit dem vorgeschlagenen neuen Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger

«FDP braucht keinen Katastrophenchef»

Die Delegierten der FDP der Schweiz haben am bevorstehenden Parteitag einen Nachfolger von Ständerat Bruno Hunziker zu wählen. Vorgeschlagen wurde Nationalrat Franz Steinegger (Flüelen UR). Franz Neff führte mit ihm ein Gespräch:

Auf dem ganz normalen Weg sei er in die Partei gekommen, als 30-jähriger, gleichzeitig mit der Wahl in den Gemeinderat von Flüelen, bemerkte eingangs des Gesprächs Franz Steinegger. Als Ortsparteipräsident wurde er in die Geschäftsleitung der Kantonalpartei delegiert. Auf Grund besonderer Konstellationen, er hatte in einem Wahlgeschäft den darin selber engagierten Präsidenten zu vertreten, wurde Franz Steinegger kurz darauf selber Präsident der FDP des Kantons Uri, einer Partei, die sich schon seit jeher in erster Linie als Opposition gegen die konservative Vorherrschaft versteht, eine Partei auch, die von Steineggers Grossvater mitbegründet worden war.

Stimmt das Bild vom knorrigen, liberalen Bergler?

Ja, ich bin schon ein Bergler, vom Denken und Gehabe her. Vielleicht geht mir auch die Geschliffenheit etwas ab.

Was ist denn das Besondere an den Berglern?

Sie strahlen eine gewisse Ruhe aus. Sie gehen die Alltagsprobleme mit Distanz an.

Ist das Parteipräsidium auch ein Katastropheneinsatz?

Die FDP der Schweiz befindet sich nicht in einer Krise. Sie hat keinen Katastrophenhelfer nötig. Allerdings schadet es auch in normalen Zeiten nicht, wenn man weiss, wie Probleme in Krisensituationen angepackt werden müssen.

Ihr Organisationstalent ist also trotzdem gefragt. Wo werden Sie den Hebel ansetzen?

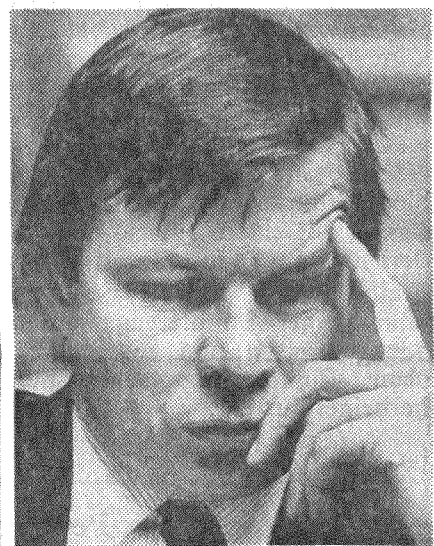
Ein Parteipräsident ist oft gezwungen, Lagebeurteilungen vorzunehmen und vorauszudenken. Das ist auch eine Voraussetzung für das Funktionieren einer Organisation. Leicht gerät man sonst in die Gefahr, nur noch zu reagieren. Nur darf man dann aber nicht einfach erwarten, dass alles so eintrifft, wie man es sich vorgestellt hat.

Man müsse an der Basis den neuen Präsidenten spüren können, haben Sie kürzlich in einem Interview geantwortet.

Keine neue Politik, aber einen neuen Stil.

Haben Sie denn einen Kontakt mit der Basis?

Ich komme aus kleinräumlichen Verhältnissen, wo man politische Auseinandersetzungen di-



rekt mit dem Parteivolk austrägt. Da ist es von erheblicher Bedeutung, dass man nicht einfach von oben herab predigt. Strömungen und Meinungen müssen aufgenommen werden.

Der Kanton Uri ist ja noch überschaubar...

Um so mehr muss der Parteipräsident der Landespartei aktiv den Kontakt zu den Mitgliedern suchen. Er muss an Parteiveranstaltungen teilnehmen, auch auf Kantons- und Gemeindeebene.

Das wäre auf die Dauer ja wohl kaum zu bewältigen.

Das stimmt. Deshalb haben wir in der Geschäftsleitung bereits darüber diskutiert, uns in diese Aufgabe zu teilen, zum Beispiel nach geographischen Kriterien. Es braucht aber noch mehr, den persönlichen Kontakt zum Mitglied. Ich kann den Leuten ja auch telefonieren. In schwierigen Situationen kann man mit gezielten Anrufen Sicherheit gewinnen. Man muss nur wissen, wen man anrufen kann.

Wie machen Sie dies den Romands glaubhaft, wenn praktisch die ganze Parteiführung aus Deutschschweizern besteht? Oder gibt es für Sie keinen Röstigraben?

Den Röstigraben gibt es bei bestimmten Fragen, was aber gar nicht zwingend notwendig wäre. Sehr oft könnten diese Differenzen bei entsprechender Vorbereitung aufgefangen werden. Es bilden ja nicht immer nur Sprachprobleme die Ursache von Diskussionen mit den Romands, auch die Interessenslage kann verschieden sein. Tatsache aber ist, dass sich kein Romand zur Wahl gestellt hat. Vergessen Sie auch

Fortsetzung auf Seite 4



Während einer Abstimmung im Nationalratssaal. Mit erhobener Hand, da sie sich nicht an ihrem Sitzplatz befindet und so ihrer Meinung Ausdruck gibt, FDP-Nationalrätin Lili Nabholz (ZH). (Photo rutii)

Afghanistan nach dem sowjetischen Abzug

Katastrophale Hinterlassenschaft

Eine Lagebeurteilung nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan nimmt Dr. Hans Rudolf Böckli vor. Er kommt zum Befund, dass die UdSSR eine katastrophale Hinterlassenschaft zurücklässt.

Die sowjetischen Truppen sind fristgerecht auf Grund des Genfer Vertragswerks aus Afghanistan abgezogen worden. Damit hat Gorbatschew vor den Augen der Welt einen wichtigen Beweis erbracht, dass der vor ihm überzogenen sowjetischen Expansions- und Konfrontationspolitik nicht nur mit wohlfeilen Worten, sondern auch – zum mindesten für geraume Weile – tatsächlich abgeschworen wird.

Weltpolitisch bedeutungsvoll

Der Rückzug aus Kabul ist ohne Zweifel ein weltpolitisch bedeutungsvolles Ereignis und um so erstaunlicher, als damit die Sowjetunion zum erstenmal, seitdem sie besteht, eine militärische Niederlage anerkennen muss. Dieses Fazit wird nicht ohne psychologische und auch politische Folgen bleiben. Der bedrohliche Koloss hat seine tönernen Füsse plötzlich zu erkennen gegeben; und die Entlarvung der Grenzen seiner Macht auf der Weltbühne ist um so eindrucksvoller, als es ein schwaches und wirtschaftlich unterstützungsbedürftiges Entwicklungsland mit von jeher eher geringer staatlicher Kohäsion gewesen ist, das diese noch vor einem Jahrzehnt völlig undenkbar Stunde der Wahrheit im Kreml mit einem ebenso bewundernswerten wie opferreichen Freiheitswillen nach neun Jahren unablässiger Kämpfe gegen einen hochgerüsteten und selbstherrlichen Eindringling schliesslich herbeigeführt hat.

Gescheiterte Machtausdehnung

Insofern war Breschnews «Spaziergang» nach Afghanistan nicht nur ein Fanal in der ganzen Welt, sondern dieser ruchlose Versuch der gewaltsamen Ausdehnung der sowjetischen Macht ist nun wider Erwarten zu einem bedeutsamen Wendepunkt in der zeitgenössischen Geschichte geworden. Es entbehrt nicht ganz der Ironie, dass am unerbittlichen Widerstand Afghanistans nicht nur der imperialistische Übermut der Russen seine eindrucksvolle Kopfwaschung erfahren hat, sondern dass diese bittere Erfahrung der Sowjetunion im Grunde genommen nur das Pendant ist zu vormals gleichfalls unternommenen analogen Versuchen Grossbritanniens, dessen drei militärische Einfälle aus dem damaligen Britisch-Indien über den Khyberpass nach Kabul mit der gleichen erbarmungslosen Wildheit unter Verwendung der Guerillataktik von den Afghanen vereitelt worden sind, die damit diesem Land eine koloniale Unterjochung erspart haben!

Breschnew hat nicht nur, wie ihm nun Gorbatschew post festum attestiert, in bezug auf dieses unsinnige Abenteuer in Asien eine «Fehlrechnung» gemacht, sondern er hat offensichtlich auch die schmerzlichen Lehren der Briten in Afghanistan nicht zur Kenntnis genommen. Er hat vielmehr der rein materiellen Übermacht, die bisweilen, wie die Geschichte lehrt, zur Tollkühnheit verleitet, blindlings vertraut.

Alt Bundesrat Max Petitpierre neunzigjährig

Zum erstenmal in der Geschichte des Bundesstaates konnte, am 26. Februar, ein ehemaliger Bundesrat (und dreifacher Bundespräsident) seinen 90. Geburtstag feiern: Max Petitpierre, der vom Februar 1945 bis zum Sommer 1961 das damalige Politische Departement leitete. Im Rückblick auf die Dienste, die er in mannigfacher Weise der Öffentlichkeit geleistet hat, und dies in schwierigen Jahren der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, darf an den hochangesehenen Magistrate erinnert werden, der sich in seiner Bescheidenheit von jeher öffentlichen Ehrungen entzogen hat.

Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, in welcher kritischen Lage sich unser Land bei Kriegsende befand, als bei den alliierten Siegermächten für unsere immerwährende Neutralität wenig Verständnis bestand, wir keine Beziehungen zur neuen Supermacht Sowjetunion unterhielten und die einzige Zukunftschance bei den Vereinten Nationen zu liegen schien, deren Charta dem Neutralen den Beitritt allerdings als unmöglich erscheinen liess. Es war ein Glücksfall besonderer Art, dass sich nach dem Rücktritt von Bundesrat Pilet-Golaz der 45jährige Neuenburger Ständerat, Professor für internationales Privatrecht und Präsident der Urnenkommission, nach längerem Zögern in einer heiklen Wahlsituation dazu bewegen liess, eine Bundesratskandidatur anzunehmen. Im Februar 1945 trat er sein Amt als Chef des Auswärtigen an. Innert kurzer Zeit erwarb er sich das volle Vertrauen der Räte und der internationalen Diplomatie.

Die scheinbare Isolierung der Schweiz war bald überwunden und ihre Mitarbeit beim Marshallplan und der nachfolgenden OECE möglich. Die von Petitpierre geprägte und in Anwendung gebrachte Formel «Neutralité et solidarité» setzte sich durch. Es gelang, die Beziehungen zur neuen Weltmacht Russland zu normalisieren. Bei der ersten Wiederwahl 1947 erzielte er mit über 200 Stimmen das beste Resultat des Kollegiums, das seine klare Haltung, seine feste Hand in der Wahrnehmung unserer Interessen und seine konziliante Art hoch schätzte. Dreimal wurde er mit Auszeichnung zum Bundespräsidenten gewählt.

Als er im Sommer 1961 nach 16½ Jahren Amtszeit zurücktrat, stellte er sich dem grössten Schweizer Unternehmen, Nestlé, als Präsident zur Verfügung. Als die Jurafrage ausweglos schien, nahm er das Präsidium der Kommission der Guten Dienste an, der nach Überwindung grosser Schwierigkeiten eine Lösung gelang, die schliesslich zur Schaffung des 26. Schweizer Kantons führte. Im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) setzte er sein internationales Ansehen für die Milderung der Not und den Frieden ein. – In stiller Zurückgezogenheit, aber mit wacher Aufmerksamkeit nimmt alt Bundesrat Petitpierre Anteil am öffentlichen Geschehen, umgeben von einem treuen Freundeskreis, seiner hochgesinnten Gattin, Kindern und Enkeln.

Dr. h. c. Hermann Böschstein

Die Bedeutung des afghanischen Widerstandes

Nichts zur Sache tut, dass die Kampfkraftsteigerung des afghanischen Widerstandes durch eine ins Gewicht fallende Unterstützung von aussen mit modernen, effizienten Waffen für das Scheitern der sowjetischen Operation mitbestimmend gewesen ist. Die Afghanen haben auch vor dem Einsetzen dieser Unterstützung mit unzulänglichen, veralteten Gewehren in keinem Zeitpunkt in ihrem aktiven Widerstand gegen die Sowjets und ihre Marionettenregierung in Kabul nachgelassen; sie haben sich nie durch die Ungleichheit der Kräfte und des Blutopfers davon abbringen lassen. Das hätten sie auch ohne automatische Waffen und ohne die Zurverfügungstellung von Stinger-Raketen, die plötzlich die sowjetische Luftherrschaft gebrochen haben, auf unabsehbare Zeit weiterhin getan.

Hoher Preis des Krieges

Der Preis des Krieges ist freilich so hoch, wie das noch selten ein Unabhängigkeitskrieg gegen einen materiell überlegenen Eindringling irgendwo gewesen ist. Über eine Million Tote sind auf der Walstatt geblieben oder als Zivilisten niedergemetzelt worden. Und mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist aus ihren angestammten Siedlungsgebieten um den Hindukusch vertrieben worden oder als Flüchtlinge nach Pakistan oder Iran gezogen. Die aus Afghanistan abgezogenen sowjetischen Truppen haben ein an sich schon armes Land hinterlassen, das heute weitgehend ruiniert und seiner Existenzbasis beraubt ist. Die landwirtschaftliche Produktion ist vernichtet, die Felder sind unbestellt geblieben und die die Subsistenz vieler Gebirgsstämme garantierenden Herden von Schafen und Ziegen sind auf klägliche Reste zusammengeschnitten.

Wenn Afghanistan auch nur das vormalig niedrige Lebensaufkommen wieder erreichen soll, muss Hilfe von aussen kommen, wobei zuallererst massive Nahrungsmittellieferungen zur Konterung einer sich vor allem in den Städten abzeichnenden Hungersnot absolute Priorität in Anspruch nehmen. Von Entwicklungshilfe wagt in der äussersten Not, die die fast ein Jahrzehnt dauernde sowjetische Intervention übriggelassen hat, gegenwärtig noch niemand auch nur zu sprechen.

Nachwehen

Dass das kommunistische Quisling-Regime von Nadjibullah in Kabul ohne Stützung durch russische Bajonette in sich zusammenfallen wird, ist nur noch eine Frage der Zeit. Aber das nachher folgende Chaos in Afghanistan wird die Lage nur noch schlimmer machen. Dieses wird die Rückkehr zur Normalisierung der Lebensbedingungen noch einmal hinausschieben, so dass die fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen es kaum wagen werden, nun unverweilt in die Heimat zurückzugehen. Sie könnten sich nämlich dort vorläufig noch keinesfalls wieder aus dem eigenen Boden selbst erhalten.

Ob es innert nützlicher Frist den verschiedenen rivalisierenden und auch in ihrer völkischen Zusammensetzung unterschiedlichen Widerstandsgruppen unter ihren ehrgeizigen Kommandanten gelingen wird, eine sich im ganzen Land durchsetzende, allgemein anerkannte Zentralregierung aufzustellen und nachher zu konsolidieren, ist gegenwärtig noch äusserst fraglich.

Einig und zugleich uneinig

So einig die Afghanen in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Feind und das von ihm eingesetzte Marionettenregime in Kabul gewesen sind, so wenig einig

Gezielte Anti-Asylpolitik-Kampagne

Befremden in der FDP-Fraktion über Indiskretionen

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat mit grossem Befremden Kenntnis genommen, dass ein vertraulicher, noch nicht bereinigter Berichtsentwurf einer Sektion der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Fälle der ehemaligen Asylbewerber Musey und Maza durch Indiskretion bekannt geworden ist. Diese offensichtlich gezielte Verletzung der Verschwiegenheitspflicht hat zu einseitigen, unausgewogenen Kommentaren und Vorwürfen an die Adresse des Bundesrates und an den Delegierten für das Flüchtlingswesen geführt. Die freisinnige Fraktion wendet sich mit Vehemenz dagegen, dass auf Grund unvollständiger Informationen eine Kampagne gegen die vom Souverän an der Urne gutgeheissene Asylpolitik geführt wird.

Die Fraktion wird materiell zum Bericht der GPK erst nach dessen Bereinigung durch die Gesamtkommission Stellung beziehen. Mit etwelchem Erstaunen und Befremden hat sie jedoch festgestellt, dass von gewissen politischen Gruppierungen bereits personelle Konsequenzen gefordert werden, ehe der Schlussbericht vorliegt.

In einem der beiden Asylfälle geht es um ein missbräuchlich gestelltes Asylgesuch nach einem 14jährigen, mit einigen hunderttausend Franken von seiten der öffentlichen Hand unterstützten Studienaufenthalt in der Schweiz. Im anderen Fall handelt es sich um eine illegale Wiedereinreise in die Schweiz nach definitiver Abweisung des Asylgesuches und erfolgter Rückkehr ins Heimatland.

sind sie – auch eine Lehre ihrer Geschichte –, wenn es darum geht, Afghanistan mit einer verlässlichen Gesamtregierung und effizienten politischen Strukturen zu versehen.

Grund zum Feiern gibt es paradoxerweise gerade in dem in seinem fanatischen Freiheitskampf beispiellosen Land am Hindukusch selber heute leider noch keineswegs. Ebenso paradox ist, dass seit den Zeiten des exilierten Königs Zahir Schah die Wirtschaft Afghanistans so sehr auf den Nachbar im Norden ausgerichtet worden ist, dass nun ausgerechnet vom schmählich geschlagenen Feind, der Sowjetunion, für den Wiederaufbau Hilfe kommen sollte wie nie zuvor! Die Situation könnte grotesker gar nicht sein.

nes bürgerlichen Normalmenschen» (Eugen Fink). Dieses Leben stellt aber – zumeist in der Lebensmitte – die Fragen, ob dies auch richtig und ob dies alles vom Leben sei.

Diese Fragen lösen eine seltsame Unruhe aus. Sie lassen auch Emilio, den Helden unserer Geschichte, nicht los, bis er mit seinem Leben darauf antwortet. Das Ungewöhnliche liegt darin, dass sich hier eine Wende nicht durch Schicksalsschläge oder dergleichen anbahnt, sondern durch Entspannung und Lockerung des routinemässigen, eingespielten und mit gekonnter Lebenstechnik gestalteten Alltags. Symbol dieser Lockerung ist die Hängematte. Je mehr sich Emilio in den Ferien entspannt, um so mehr zerfällt die Rolle, mit der er sich in Übereinstimmung glaubte.

«Die Hängemattenwende» erzählt auf amüsante Weise, wie ein fruchtbares Leben offen ist und veränderbar. Lebensereignisse kann man nicht erdenken. Sie fallen einem zu, und was man ist, geschieht. In diesem Sinne ist das Büchlein auch heitere Lebensphilosophie, deswegen sympathisch, weil es nicht verkrampt daherkommt. Bezüglich der alltäglichen Selbstsucht und Profitgier ist es subversiv und zwingt zum Nachdenken.

Andreas Iten: Die Hängemattenwende. Reuss-Verlag, Luzern.



Lese-Tips für «Freisinn»-Leser

Heitere Lebensphilosophie aus Politiker-Feder

Macht sich einer ans Schreiben, dann bewegt ihn auch etwas, und macht sich gar ein namhafter Politiker daran, eine Erzählung, die man ruhig auch Roman nennen darf, zu schreiben, dann ist über das Ungewohnte einer solchen Konstellation hinaus der Anlass zu einer besonderen Aufmerksamkeit gegeben. Denn «gewöhnliche» Politiker schreiben ja in der Regel nichts, was ausserhalb ihres Gesichtskreises liegt – und der ist ja nicht immer sehr weit gezogen! FDP-Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (Unterägeri ZG) ist von anderem Holz. Er ist nicht ein Politiker, der sich in die Schriftstellerei verloren, sondern wohl eher umgekehrt ein Mann von geistigem Habitus, der sich in die Politik begeben hat. Das erstere aber ist das Entscheidendere.

«Die Hängemattenwende» ist die Geschichte einer Lebensänderung. Das Leben bringt wenig grosse Momente und Augenblicke der selbstentschlossenen Freiheit. «Zunächst und zumeist lässt man sich treiben – vom Gang der Geschäfte, der täglichen Pflichten des Berufs; man lebt das Leben wie ein Pensum ab, lebt das Leben eines Handwerkers, Bankdirektors, ei-



Von Tag zu Tag

Fernsehwerbezeit: Für massvolle Ausdehnung

Stellungnahme der freisinnigen Studiengruppe für Medienpolitik

Eine massvolle Ausdehnung der Werbezeit im Fernsehen hält die Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) für angemessen. Das von Nationalrat Ulrich Bremmen. Das von Nationalrat Ulrich Bremmen (Zollikon ZH) geleitete Gremium will damit einerseits der Tatsache Rechnung tragen, dass die SRG auf zusätzliche Einnahmen angewiesen ist und andererseits ein akuter Mangel an Fernsehwerbezeit besteht. Die freisinnige Studiengruppe erwartet allerdings, dass parallel zur Ausdehnung der Fernsehwerbezeit auch jene für die Lokalradios erhöht wird.

Eine starke Erhöhung der Werbezeit beim Schweizer Fernsehen lehnt das medienpolitische Fachgremium der FDP der Schweiz vorab aus zwei Gründen ab: zum einen aus Rücksichtnahme auf die Presse, zum anderen wäre nicht auszuschliessen, dass durch eine beträchtliche Steigerung der Fernsehwerbezeit die Chancen weiterer SRG-unabhängiger Veranstalter vornehmlich stark kompromittiert würden. Eine massive Erhöhung der Werbezeit wäre nichts anderes als die Unterstützung der alten SRG-Strategie der Terrainbesetzung auf einem neuen Feld.

Die Schweiz und die EG

Konsequenzen für Politik und Wirtschaft

Als Präsident der Wirtschaftskommission der grossen Kammer leitete FDP-Nationalrat Heinz Allenspach (Fällanden ZH) die Eintretensdebatte zum Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess ein, der in der Frühjahrssession eine lebhafte Debatte auslöste. Nachstehend ein Auszug aus diesem Votum:

Bis Ende 1992 sollen die bereits im Römer Vertrag von 1957 festgelegten Ziele des freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs Wirklichkeit werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass in den neunziger Jahren ein Binnenmarkt mit 320 Millionen Einwohnern ohne interne Grenzkontrollen entsteht, ist gross. Die ausgelöste Dynamik ist jedenfalls beachtlich und hat bis heute nichts an Stosskraft eingebüsst.

Nicht nur Blick nach Brüssel

Die Schweiz ist wirtschaftlich mit dem entstehenden europäischen Binnenmarkt eng verflochten. Unsere Wirtschaft ist aber trotz der europäischen Verflechtung in erster Linie in der weltwirtschaftlichen Herausforderung stark geworden und erhielt von daher ihre entscheidendsten Impulse. Wir müssen in allen Betrachtungen über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess die für uns unerlässliche weltwirtschaftliche Abstützung beachten. Es wäre ein Rückschritt, eine stärkere Einbeziehung in einen europäischen Binnenmarkt mit einer Lockerung unserer weltwirtschaftlichen Kontakte bezahlen zu müssen. Der Abbau der weltweiten Handelshemmnisse auf globaler Basis ist für unser Land ebenso von Bedeutung wie die binneneuropäische Zusammenarbeit. Aus diesem Grunde ist ein Erfolg der Uruguay-Runden des Gatt wichtig, und wir hoffen, dass das Verhandlungstief an der Halbzeitkonferenz in Montreal bald von einem zukunftssträchtigen Hoch abgelöst wird.

Beitritt ist ausgeschlossen

Ein Beitritt zur EG mit ihrem supranationalen Charakter und ihrer politischen Finalität entspricht dem schweizerischen Willen zur Wahrung unserer spezifischen Staatsstruktur und grösstmöglicher aussenpolitischer Unabhängigkeit nicht. Die mit einem Beitritt verbundene Übertragung von Hoheitsrechten an supranationale Instanzen würde unsere föderalistische Staatsstruktur und unsere direkte Demokratie, also zwei Wesenselemente unserer nationalen Identität, in Frage stellen. Im Bereich der den supranationalen Instanzen übertragenen Hoheitsrechte wäre das mittels Initiative und Referendum heute mögliche Mitspracherecht des Volkes ausgeschaltet.

Ein EG-Beitritt setzte die Bereitschaft voraus, sich letztlich in eine politische Europäische Union einzugliedern. Den Beitritt nur



um des wirtschaftlichen Zieles der Nichtdiskriminierung willen anzustreben und zu vollziehen ist ein zu hoher Preis für die zu erwartende Schwächung unserer nationalen politischen Identität.

Das Verhältnis zur EFTA

Die Schweiz ist Mitglied der Europäischen Freihandelsasso-

Zur Europafähigkeit

«Die Teilnahme an einem grossen und möglichst ungeteilten europäischen Binnenmarkt war seit je Ziel und Grundlage unserer Aussenwirtschaftspolitik. Die Bemühungen, auf dem Verhandlungsweg den Zugang der Schweiz zum EG-Binnenmarkt ganz oder wenigstens sektoriell offen zu halten, sind also nichts grundsätzlich Neues. Der Bundesrat ist zuversichtlich, allerdings unter der Voraussetzung, dass wir uns noch stärker als bisher europafähig erweisen.

Europafähigkeit kann vieles umfassen, beispielsweise überdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit, überdurchschnittliche Arbeitseffizienz, hohe Forschungs- und Innovationsbereitschaft, guter Ausbildungsstand, funktionierende Infrastruktur usw.

Europafähigkeit bedeutet auch grösstmögliche Vereinbarkeit unserer Rechtsvorschriften mit denjenigen unserer EG-Partner in Bereichen von grenzüberschreitender Bedeutung. Vereinbarkeit heisst nicht Identität des Wortlauts oder autonomer Nachvollzug, sondern Gleichwertigkeit der Rechtsfolgen. Wir müssen uns als Legislative bemühen, nicht aus reiner Unkenntnis oder nationaler Überheblichkeit vermeidbare Rechtsdisparitäten zu schaffen.

Europafähigkeit bedeutet schliesslich die Notwendigkeit, die schweizerische Position in Europa laufend neu und vorurteilslos zu überdenken. Der europäische Integrationsprozess ist keineswegs abgeschlossen, ist nicht einmal völlig durchstrukturiert. Wir sprechen heute entsprechend der wirtschaftlichen Herausforderung des EG-Binnenmarktes von wirtschaftlichen Überlegungen, dürfen dabei aber die sicherheitspolitische, die kulturelle und die soziale Dimension der europäischen Integration nicht übersehen. Die gegenwärtige Diskussion kann deshalb nur ein Anfang sein.»

Nationalrat Heinz Allenspach

Alt Bundesrat Ernst Brugger 75jährig

Am 10. März vollendete alt Bundesrat Ernst Brugger sein 75. Lebensjahr, im zürcherischen Gossau, wo er mit 33 Jahren als Gemeinderat, drei Jahre später als Gemeindepräsident seine politische Laufbahn begann. Vor kurzem hat er das anspruchsvolle Präsidium der Stiftung «Pro Infirmitas», der er während zehn Jahren seines «Ruhestandes» in tatkräftiger Weise diente, alt Bundesrat Schlumpf übergeben. Brugger hat mit dem Behindertenzentrum auf dem Twannberg ein Werk geschaffen, das ihm die tiefe Dankbarkeit der Mitbürger an der Schattenseite des Lebens sichert.

Über ein halbes Jahrhundert hat er sich dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt, 12 Jahre als Kantonsrat, 10 Jahre als Regierungsrat, 8 Jahre als Bundesrat und Chef des Volkswirtschaftsdepartements. Mit dem glanzvollen Ergebnis von 160 Stimmen wurde er als Nachfolger Hans Schaffners Ende 1969 in den Bundesrat gewählt. Diese Wahl war keine Selbstverständlichkeit für einen der Bundesversammlung nicht angehörenden Politiker. Er hatte wohl in den letzten zwei Jahren in der Regierung das kantonale Volkswirtschaftsdepartement geleitet, aber die Probleme der Aussenwirtschaft waren ihm fremd. Mit seiner unermüdlichen Arbeitskraft und seiner geistigen Beweglichkeit meisterte er sie aber rasch, brachte die Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das Freihandelsabkommen und das Abkommen mit den Staatswirtschaftsländern zum erfolgreichen Abschluss, während er innenpolitisch in einer Zeit der Konjunkturüberhitzung und der gefährlich an-

steigenden Teuerung die erforderlichen Dämpfungsmassnahmen durchsetzte.

In Bellinzona als Sohn eines Lokomotivführers geboren, wuchs er in Mönchaltorf, wo sein Vater ein kleines Heimwesen erworben hatte, auf. Zeit seines Lebens blieb er der Landwirtschaft eng verbunden. Nach dem Lehrerseminar und der Universität Zürich, die er als Sekundarlehrer verliess, war er dann u. a. in einem Flugzeugwerk in Croydon als Übersetzer tätig. Es ist wohl nur wenigen bekannt, dass Ernst Brugger in England das Pilotenbrevet erwarb.

In Gossau förderte er als Gemeindeoberhaupt die Ansiedlung neuer Industrien, in der Regierung und im Bundesrat die Berufsbildung und den Wohnungsbau sowie den öffentlichen Verkehr, und als Präsident der Zürcher Elektrizitätswerke sowie als Vizepräsident der Nordostschweizerischen Kraftwerke die Energiewirtschaft. Der Nichtjurist brachte als Justizdirektor eine umfassende Justizreform, als Direktor des Innern ein Kirchengesetz zum Abschluss, das den konfessionellen Frieden sicherte.

Am 5. Dezember 1973 bekundete die Bundesversammlung dem ehemaligen Nichtparlamentarier mit der einmütigen Wahl zum Bundespräsidenten für 1974 das Vertrauen, das er sich in kurzer Zeit erworben hatte. Acht Jahre an der Spitze des Volkswirtschaftsdepartements, in einer Zeit rasch wechselnder Wirtschaftslage, die nach der Konjunkturdämpfung schon bald Arbeitsbeschaffungsmassnahmen erforderte, war nach der langen Amtszeit von Bundesrat Schult Hess so etwas wie eine Regel ge-



worden, je sieben Jahre bei den Bundesräten Stampfli und Rubattel, ein halbes Jahr länger bei Bundesrat Schaffner und nur einige Wochen länger als fünf Jahre bei Bundesrat Obrecht – so sehr man es bedauerte, dass Bundesrat Brugger Ende 1977 zurücktrat, so verständlich musste es den mit den Departementsaufgaben Vertrauten sein. Denn in allen andern Ländern sind diese auf ein Handels-, ein Landwirtschafts-, ein Industrie- ministerium verteilt, manchmal sogar noch auf ein Aussenhandelsministerium.

Nachdem die Schweizerische Volksbank zweimal hintereinander durch den Tod ihren Präsidenten verloren hatte, trat sie an Ernst Brugger heran mit dem Ersuchen, seine reichen Erfahrungen und seine integre Persönlichkeit der Grossbank zur Verfügung zu stellen. Nach einigen Jahren aber konnte sich der seiner Gattin und seinen fünf Söhnen und ihren Familien innig verbundene Magistrat etwas entlasten und endgültig in das Zürcher Oberland, für das er so viel getan hatte, zurückziehen. – Dahin richten weite Kreise unseres Volkes ihre Glückwünsche.

Dr. h. c. Hermann Böschstein

ziation (EFTA), die niemals eine EG im Taschenbuchformat sein wollte, sondern ein Instrument zur Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas.

Die EFTA kann auch heute nach wie vor Pfeiler eines Brückenschlages sein. Wir sollten sie deshalb personell und materiell stärken. Es bedarf dazu keiner umfassenden Neukonzeption des Stockholmer Abkommens. Die Schweiz sollte zur Zusammenarbeit bereit sein, auch auf Gebieten, die ausserhalb der EFTA-Konvention liegen, wenn sich eine solche Zusammenarbeit dank einer soliden gemeinsamen Interessengrundlage als sinnvoll erweist. Wir erwarten vom Bundesrat Vertiefung der praktischen EFTA-internen Zusammenarbeit, Verstärkung der Glaubwürdigkeit der EFTA im Integrationsgeschehen und aktives Weitergestalten unserer vertraglichen Verhältnisse mit der EG, wobei die Wahl zwischen multilateralem oder bilateralem Vorgehen von der konkreten gegenseitigen Interessenslage abhängig sein soll.

«Solidarische Verpflichtungen wahrnehmen»

Wir können zwar unsere eigenen Vorstellungen über die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Gemeinschaft entwickeln; wir können diese Vorstellungen aber nur dann verwirklichen, wenn die EG als Partner darauf eintritt. Die EG hat in aller Deutlichkeit erklärt, dass ihre Priorität bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes liegt und sie zu nichts Hand bieten werde, was die Vollendung dieses Binnenmarktes gefährden oder verzögern würde. Wir sind überzeugt, dass auch wir einen konstruktiven Beitrag zum Aufbau Europas leisten können. Wir betrachten uns nicht als Bittsteller

und erwarten von der EG auch keine Geschenke, sondern eine objektive Würdigung unserer Beiträge und Leistungen im Rahmen einer gesamteuropäischen Politik. Die Schweiz ist bereit – unterstreicht der Bundesrat zu Recht –, «ihre solidarischen Verpflichtungen wahrzunehmen».

Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft

Der von der EG angestrebte europäische Binnenmarkt wird der grösste Wirtschaftsraum der Welt werden. Er wird die schweizerische Wirtschaft tangieren, gleichgültig, ob sie in diesen Binnenmarkt integriert ist oder eine Aussenseiterposition einnehmen muss. Innerhalb dieses grossen EG-Wirtschaftsraums wird sich eine neue ökonomische Arbeitsteilung einspielen. Dank besserer Arbeitsteilung und höherer ökonomischer Effizienz dürften sowohl die Wettbewerbskraft der EG-Unternehmen als auch der Wohlstand der Arbeitnehmer und Konsumenten im EG-Raum steigen.

Es ist heute nicht möglich, die Auswirkungen auf das Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau unseres Landes im einzelnen abzuschätzen. Wesentliches hängt davon ab, ob die EG eine offene Politik betreibt oder sich als «Festung Europa» nach aussen abschottet. Die EG-Kommission versichert, die Aussenwirtschaftsbeziehungen weiterhin offen zu gestalten, doch sind starke Kräfte bekannt, die einem ausgeprägten «Europrotektionismus» das Wort reden. Ausgeprägter Europrotektionismus wäre ein Rückschritt und hätte mit Sicherheit negative Auswirkungen auf Wohlstand und Beschäftigung in der Schweiz.

Die vielfach geäusserte Meinung, die schweizerische Wirtschaft habe wegen der globalen

Tätigkeit ihrer multinationalen Unternehmen und deren Niederlassungen im EG-Raum wenig zu befürchten, ist meines Erachtens nur bedingt richtig. Es nützt der schweizerischen Volkswirtschaft wenig, wenn die EG-Töchter schweizerischer Unternehmen einen allfälligen Europrotektionismus unterlaufen können; entscheidend ist vielmehr die in der Schweiz ausgeübte wirtschaftliche Aktivität.

Nicht nur politische Aufgabe

Die Auswirkungen der Schaffung eines einheitlichen EG-Binnenmarktes sind nicht bei allen Branchen und Betrieben gleichartig. Die Wirtschaft wird jedoch überall erschwerte Konkurrenzbedingungen antreffen. Es ist deshalb unerlässlich, die Qualität des Produktionsstandortes Schweiz zu verbessern. Dieser muss nicht nur den EG-Produktionsstandorten gleichwertig, sondern überlegen sein. Damit ist eine wirtschaftliche und eine politische Aufgabe angesprochen. Wir können die Wirtschaft nicht davon dispensieren, selbst alle Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit in die Wege zu leiten. Die Wirtschaft darf nicht einfach nur vom Staat bessere Rahmenbedingungen verlangen. Die Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen ist notwendig, kann aber lediglich subsidiär und unterstützend zu den eigenen Anstrengungen der Wirtschaft Wirkung erzielen.

Darüber hinaus muss sich die Politik, auch unser Parlament, bewusst sein, dass nicht mit Worten für die Aufrechterhaltung des Arbeitsplatzes Schweiz plädiert werden kann, während gleichzeitig mit finanziellen und sozialen Belastungen, mit Restriktionen und unproduktiven Auflagen ein Export von Arbeitsplätzen geradezu provoziert wird.





Fortsetzung von Seite 1

nicht, dass mit Bundesrat Delamuraz das Welschland in der innersten Parteileitung stark zum Ausdruck kommt. Ausserdem steht für die Nachfolge im Fraktionspräsidium ein Romand in Aussicht.

Viele der klugen Köpfe der FDP verhalten sich äusserst passiv. Wie wollen Sie diese Leute motivieren?

Wenn sich die Leute gemäss dem Links-Rechts-Modell nach dem Kurs der Partei erkundigen, dann ist das falsch. Wir sollten diese klugen Köpfe besser aktivieren und unser Defizit in den politischen Aussagen zu Sachproblemen überwinden. Zum Beispiel in der Bodenpolitik, bei der Förderung des Wohneigentums, in der Drogenpolitik. Hier müssen wir abgrenzen und Positionen festlegen. Dann können wir uns überraschen lassen, wie das von den Medien aufgenommen wird.

Sie glauben ja nicht im Ernst, dass sich jemand mit diesen unpopulären Fragen profilieren will?

Es ist die Aufgabe des Parteipräsidenten, die Leute dafür zu finden. Wir sind nun weiss Gott herausgefordert, etwas zu diesem brisanten Themen zu sagen. Ich stelle einfach fest, dass häufig mit einer gewissen Hilflosigkeit an die Probleme herangegangen wird.

Aber in den Medien geben immer wieder die gleichen Leute im Namen der Partei Auskunft. Wie kann dieser Trend zur Personifizierung überwunden werden?

Nun, wir haben doch in der Fraktion das Leadersystem. Für jede Sachfrage ist jemand speziell vorbereitet und zuständig. Das wären doch auch für die Partei gute Anlaufstellen, zusätzliche kluge Köpfe. Nur erfordert dies auch eine gewisse Grosszügigkeit seitens der Kollegen. Zudem darf

sein. Deren Wirkung auf das gesamte politische System, zum Beispiel der Autopartei, wird aber letztlich marginal sein. Tempolimiten sind für unsere Zukunft doch eher von untergeordneter Bedeutung.

Wie sehen Sie die Rolle der Verbände? Stellen sie für die Parteien eine Gefahr dar?

Verbände sind ein Ausdruck von Interessen. Die Frage ist nur, ob ein Verband immer auch die Interessen seiner ganzen Gruppierung zum Ausdruck bringt. Der Vorwurf der Verfälschung hingegen ist dumm. Dass Interessen zum Ausdruck gebracht werden können, ist ein Zeichen der Demokratie. Als Partei müssen wir uns mit Verbänden auseinandersetzen, wollen wir nicht einfach zu Befehlsempfängern absinken. Das zwingt uns, eigene Meinungen zu entwickeln. Und dabei sollte man sich wieder viel mehr am Gemeinwohl orientieren, ein Wort, das heute kaum jemand mehr auszusprechen wagt. Es muss doch eine Grösse geben, woran sich alles zu orientieren hat.

Sie haben kürzlich erklärt, dass die Konfrontation mit anderen Parteien den Kompromiss nicht ausschliessen dürfe. Haben Sie keine Angst, dass damit auf der einen oder anderen Seite Flügel abfallen werden?

Die Gefahr ist gross, dass man sich Feindbilder schafft, um die eigenen Reihen geschlossen zu halten. Trotzdem muss man die Klammer lockern, was aber nicht bedeutet, dass ständig Koalitionen gesucht werden müssen. Es ist alles eine Frage des Masses. Wenn wir die Mehrheit hätten, müsste man sich nicht so sehr mit der SP auseinandersetzen.

Oder mindestens anders...

Vielleicht. Diese Überlegungen gingen in letzter Zeit etwas unter, weil wir uns dauernd gedrängt sahen, nach Lösungen zu suchen, in der Umwelt- oder der Energiepolitik zum Beispiel. Leicht gerät

man als Präsident natürlich nicht immer erwarten, dass alle immer bis auf die Kommastelle getreu der Parteimeinung Auskunft geben. Wir müssen vermehrt auch mit sogenannten Think tanks arbeiten.

Sie wollen sich vermehrt auf die parteiinternen Kommissionen und Arbeitsgruppen abstützen?

Da bestehen noch unerschlossene Möglichkeiten.

Eine Methode, den Parteienachwuchs zu fördern?

Die Partei muss die Leute relativ jung in wichtige Chargen aufnehmen. Dort haben sie Bewährungschancen, können ihre Energie einsetzen, Wissen austauschen. Unter Gleichaltrigen ist das wesentlich interessanter. Wenn man ganzflächig politisieren will, kommt man nicht um die Partei herum.

Ihr Rezept gegen die Bewegungen?

Die Leute werden unduldsamer. Darin mag der Erfolg der Einthemenparteien begründet



Manipulierte Indiskretion wird Methode

Mitte März 1987 wurde in einem Teil der Presse mit grosser Aufmachung ein noch nicht ausdiskutierter einseitiger Berichtsentwurf aus der für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zuständigen Sektion der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Asylpolitik hochgespielt. Er brandmarkte verschiedene Elemente des Asylverfahrens als rechtswidrig.

Die Publikation erfolgte drei Wochen vor der Volksabstimmung über die zweite Asylgesetzrevision. Flugs proklamierte damals das gegnerische Abstimmungskomitee, dass der GPK-Bericht seine Kritik an den Kernpunkten der Gesetzesrevision bestätigte. Vergeblich machte der zuständige GPK-Sektion in einem Communiqué darauf aufmerksam, dass der Entwurf bis dahin weder von seiner Sektion noch vom Plenum der GPK diskutiert und gutgeheissen worden war. Die Richtigstellung wurde kaum beachtet. Als viel später ein überarbeiteter Bericht und die verantwortungsbewusste Stellungnahme des Flüchtlingsdelegierten dazu publiziert wurden, war dies für einige Medien kaum mehr interessant. Die Volksabstimmung war vorbei. Es ging um alten Tabak.

Nun ist es zu einer gleichartigen neuen Indiskretion gekommen. Wieder geht es um einen einseitigen ungenehmigten Be-



richtsentwurf aus derselben GPK-Sektion. Der einzelnen Medien zugespielte Entwurf behauptet, der Flüchtlingsdelegierte habe in den Fällen Musey und Maza entgegen den Feststellungen des Bundesrates widerrechtlich gehandelt. Und schon leitet die Grüne Partei daraus die Forderung nach dem Rücktritt des Flüchtlingsdelegierten ab.

Als in die Reihen der einfachen Bürger zurückgetretener ehemaliger Nationalrat betrachte ich das als Verhinderung der Parlamentsarbeit. Was wird die GPK und was das Büro des Nationalrates tun, damit solche unfairen und unseriösen Manipulationen nicht zum parlamentarischen Normalfall werden?

Hans Georg Lüchinger
alt Nationalrat (FDP)

man dabei auf einen «Schmuselkurs». Wären wir aber all den Voraussagen der Untergangspropheten gefolgt, wo stünden wir heute? Die aktuelle Lage beweist doch, dass wir richtig lagen. Wir haben nur vergessen, über unsere eigenen Positionen und Erfolge zu sprechen.

Wo sehen Sie die momentan grösste Gefahr für die Partei?

Dass wir in Lethargie und Orientierungslosigkeit verfallen. Zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp. Deshalb muss dieser Fall ordnungsgemäss erledigt werden. Und die Partei muss sich wieder auf ihre Politik konzentrieren. So gesehen ist das auch eine Chance. Das Volk hat von der ganzen Geschichte doch langsam genug. Hört doch langsam auf, sagen viele. Und noch etwas: Heute können klare Entscheide des Gesetzgebers praktisch nicht mehr vollzogen werden, weil sie mit allen möglichen Rechtsmitteln verzögert werden. Es gibt eine Partei des Rechts. Ich glaube, die Gewichte müssten zugunsten der

Demokratie und damit auch der Parteien verschoben werden.

Zum Schluss noch eine praktische Frage: Was halten Sie von der staatlichen Parteienfinanzierung bei gleichzeitiger Offenlegung der Abrechnungen?

Ich glaube, wir erhielten zu wenig Geld, um solche Bedingungen zu akzeptieren. Andererseits sollten wir aber nicht zu vornehm sein, um über indirekte staatliche Förderungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

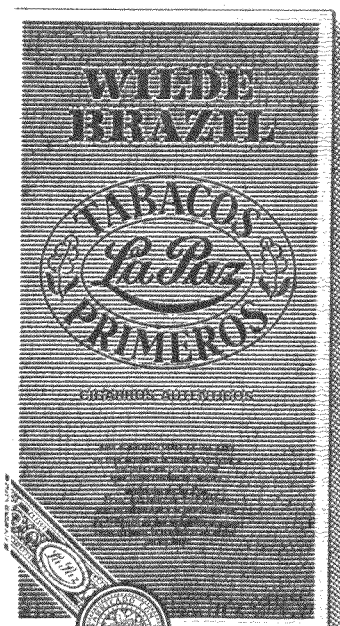
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Beusch. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

Das Feuerbüschel von La Paz.



Die Geschmacksharmonie mit dem leicht süsslichen Aroma der tropisch warmen Natur. Aus wertvollen Brasil-Tabaken und einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Ohne Retusche. Das ist die authentische Wilde Brazil von La Paz. Mit dem feurigen Charakter. So, wie Brasil-Cigarren sein sollen.

Weil in Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Geschmacks entwickelt, ist sie trotzdem erstaunlich mild im Rauch.

Eben Wilde Brazil aus echtem Brasil. Brasil-Raucher schätzen das.



Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative

Warum Ja? Warum Nein?

Am 4. Juni gelangt auf eidgenössischer Ebene die Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken», die sogenannte Kleinbauern-Initiative, zur Abstimmung. Nachstehend begründet das Initiativkomitee seine Beweggründe für die Lancierung des Volksbegehrens, während FDP-Nationalrat Walter Zwingli (Salez SG) sein Nein erläutert.

Die Initiative wurde vom Bundesrat dem Parlament ohne Antrag auf Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Die Frage eines Gegenvorschlages wurde jedoch sowohl im National-

Ständerat zur Debatte gestellt; in beiden Kammern jedoch ablehnend beantwortet. Das Nein zur Initiative fiel in der Volkskammer mit 103 zu 45 Stimmen aus, in der Ständekammer mit 35 zu 4.

Initiativkomitee: Volksbegehren verdient Unterstützung

Die Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken» weist den Weg zu einer liberaleren, umweltgerechteren, für Konsumenten und Steuerzahler billigeren Landwirtschaftspolitik. Sie ermöglicht den echten Bauern, die die Unterstützung durch das Schweizervolk verdienen, eine sichere Existenz und ein gerechtes Einkommen.

Vier Hauptziele

1. Steuerzahler und Konsumenten werden von den sinnlosen Kosten für die Verwertung landwirtschaftlicher Überschüsse (über 1,5 Milliarden Franken jährlich) entlastet. Subventionen werden nicht mehr in die Agro- und Tierfabriken fehlgeleitet, welche die Überschüsse verursachen.

2. Die Landwirtschaftspolitik wird konsequent auf den bäuerlichen Familienbetrieb ausgerichtet. Tüchtige und fleissige Bauernfamilien im Tal- und Berggebiet können wieder ein gerechtes Einkommen erarbeiten.

3. Die Konsumenten können gesunde Nahrungsmittel kaufen, die auf einem bäuerlichen Familienbetrieb naturnah produziert wurden. Die ökologisch unhaltbare Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft in Agro- und Tierfabriken zum Schaden von Natur, Landschaft, Tier und Mensch wird gestoppt.

4. Der Import von landwirtschaftlichen Produkten soll grundsätzlich frei sein. Aber wer importieren will, muss anteilmässig so viele einheimische Produkte aus bäuerlichen Betrieben übernehmen, dass deren Absatz für die Bauern kostendeckenden Preisen gewährleistet ist (Leistungssystem). Importbeschränkungen sind nur noch in ausgesprochenen Ausnahmefällen zulässig. Dies ist die denkbar liberalste und marktwirtschaftlichste Regelung, die aussenwirtschaftlich die Position der Schweiz in den Gatt-Verhandlungen entscheidend verbessert.

«Volkswirtschaftlicher Unsinn»

Die Landwirtschaftsinitiative definiert den bäuerlichen Familienbetrieb, der allein den Schutz der Agrargesetzgebung geniessen

mehr Spielraum für Importe. Der direkte Import von Fleisch anstelle der Futtermittel kostet nur etwa die Hälfte. Und sowie das Fleisch auf Weiden produziert wurde, ist der Import auch ökologisch sinnvoller als die Produktion in Schweizer Tierfabriken.

Zur Frage der Importe

Mit der Landwirtschaftsinitiative wird der Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen grundsätzlich frei. Wenn aber durch die Importe der Absatz inländischer Erzeugnisse aus bäuerlichen Familienbetrieben gefährdet ist, werden die Importeure verpflichtet, die inländische Produktion zu kostendeckenden Preisen zu übernehmen. Das heisst: Das Recht zum Import ist von der Leistung bei der Vermarktung der Schweizer Produkte abhängig. Mit dem Leistungssystem wird verhindert, dass Agrarbürokraten dem Konsumenten den Speisezettel diktieren können. Neben dem inländischen Angebot werden immer auch ausländische Erzeugnisse in den Regalen sein.

«Nicht einseitig auf Kleinbetriebe»

Mit dem Leistungssystem können alle Zölle und Abgaben wegfallen, die an der Grenze nur erhoben werden, um die Importe auf das Preisniveau der inländischen Produkte zu verteuern. Der Absatz der Schweizer Produkte wird nicht mehr durch «Strafzölle» auf Importen gesichert, sondern durch die Übernahmepflicht der Importeure.

Das Leistungssystem verbilligt jene Produkte, die heute einer Importkontingentierung unterworfen sind. Hier verdienen die sog. «Sofaimporteure» Millionen mit dem Verkauf ihrer ererbten Importrechte, ohne dass sie dafür für die Konsumenten oder die Bauern irgendeine Leistung erbringen. Das betrifft vor allem den ausländischen Wein, der mit dem Leistungssystem um rund 100 Millionen Franken billiger wird, und die importierten Futtermittel.

Das Leistungssystem ist das liberalste aller denkbaren Importregimes, und es bringt den Konsumenten, dem Handel und den Bauern nur Vorteile. Aussenwirtschaftlich verbessert die grundsätzliche Freigabe der Importe die Position der Schweiz in den Gatt-Verhandlungen entscheidend.

Die von der Kleinbauernvereinigung eingereichte Landwirtschaftsinitiative ist nicht einseitig auf kleine Betriebe ausgerichtet, sondern generell auf den bäuerlichen Familienbetrieb. Sie eröffnet ein modernes, zukunftsgerichtetes Konzept für eine eigenständige, unserem Land angepasste Landwirtschaftspolitik.

Zwingli: Initiative hält nicht, was sie verspricht!

Nach einer rund 40jährigen Rationalisierungswelle erntete unsere Landwirtschaft von verschiedenen Seiten für ihre Leistungssteigerung ungeteiltes Lob. Der Markt nahm die steigenden Produktionsmengen vorerst problemlos auf. Der Konjunkturbruch 1974/75 änderte dies schlagartig. 1977 wurden die Milchkontingentierung und später weitere Produktionsbeschränkungen notwendig. Im Gegensatz dazu warf die EG ihre steigenden Überschüsse mit immensen Exportbeiträgen auf den Weltmarkt und half dadurch mit, den internationalen Agrarmarkt völlig zu destabilisieren.

«Konzertierter Dreiklang»

Auf diesen Entwicklungen braute sich allmählich ein konzertierter Dreiklang «zu viel – zu teuer – zu wenig umweltgerecht» zu massiver Kritik gegen unsere Landwirtschaft zusammen. Der enorme Strukturwandel verstärkte in der Folge auch die innerlandwirt-

schaftlichen Spannungen. Weitere Kritiker verlangten die Einschränkung der Inlandproduktion, um weitere Billigimporte tätigen zu können oder um von den besseren Margen beim Importhandel profitieren zu können. Anstelle stagnierender Agrarpreise sollten Direktzahlungen die entstehenden Problem lösen. Das war der Nährboden, auf dem die am 28. Februar 1985 mit gut 126 000 Unterschriften versehene «Kleinbauern-Initiative» heranzuwuchs.

Die Initiative und ihre Mängel

Die Initiative will unsere Bundesverfassung folgendermassen ergänzen:

1. Die Landwirtschaft soll auf Grund der Arbeitskräfte und der eigenen Futterbasis in geschützte bäuerliche Betriebe und andere Betriebe aufgespalten werden.

Mit dieser verbindlichen Unterteilung würden paradoxerweise ausgerechnet etwa 12 000 kleinere



Betriebe im Graswirtschafts- und Berggebiet in Konflikt geraten. Andererseits würden grössere Ackerbaubetriebe, solange sie vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaftet werden, kaum Probleme haben. Trotzdem nennt sich der Vorschlag «Kleinbauern-Initiative»!

2. Die Einfuhrregulierung von Nahrungsmitteln soll inskünftig durch ein Leistungssystem oder durch Importabgaben erfolgen. Diese Instrumente sind ausgesprochen grossverteilerfreundlich und zeigen die Handschrift des Sponsors. Die Bezeichnung «Denner-Initiative» käme der Wirklichkeit näher! Sie sind mit Sicherheit ungenügend wirksam und würden besonders den gewerblichen Agrarhandel in Schwierigkeiten bringen. Das Leistungssystem funktioniert höchstens bei Produkten mit tiefem Selbstversorgungsgrad und wäre trotzdem kein Garant für kostendeckende Preise.

3. Diese Verfassungsbestimmungen wären ausschliesslich durch bundesrätliche Verordnungen näher zu umschreiben. Mit der Ausschaltung des Parlamentes setzten die Initianten aber gleichzeitig auch die Stimmbürger

rinnen und Stimmbürger ausser Kurs. Zu Verordnungen des Bundesrates gibt es nämlich kein Referendumsrecht! Können Sie sich eine Agrarpolitik unter Ausschluss von Parlament und Volk in der Schweiz vorstellen?

4. Falls die erwähnte Einfuhrregelung nicht funktioniert, könnte der Bundesrat, diesmal allerdings auf gesetzlichen Grundlagen, Einfuhrverbote erlassen. Diese würden jedoch unsere GATT-Verpflichtungen verletzen und kommen deshalb im Gesamtinteresse nicht in Frage!

5. Die Initiative ist also aus agrarpolitischen, gewerbepolitischen, handelspolitischen und staatspolitischen Gründen abzulehnen. Die Initiative hält nicht, was sie im Titel verspricht!

Gibt es Alternativen?

Neben der Kleinbauern-Initiative stehen mindestens sieben weitere Vorschläge zur Neugestaltung unserer Agrarpolitik zur Diskussion. Diese Vorschläge widersprechen sich jedoch in wichtigen Punkten so stark, dass ein tragfähiger, gemeinsamer Nenner kaum zu finden ist. Die Gegenvorschläge zur Kleinbauern-Initiative erlitten im Nationalrat das gleiche Schicksal.

Zudem erlauben die heutigen Verfassungsgrundlagen die erforderlichen Anpassungen des Landwirtschaftsgesetzes. Wir reichten bereits am 16. Dezember 1988 eine entsprechende Motion zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes ein. Ausserdem sind weitgehende Massnahmen zur Förderung kleiner Bauernbetriebe und für eine umweltgerechte Produktion eingeleitet oder in Vorbereitung.

Die Kleinbauern-Initiative betrifft neben den Bauern uns alle als Gewerbetreibende, Konsumenten und Staatsbürger. Lassen wir uns durch den ansprechenden Titel nicht irreführen und lehnen wir dieses sonderbare Gemisch von Feuer und Wasser am Urnengang vom 4. Juni 1989 aus Überzeugung ab.

Parteitag 1989 der FDP der Schweiz

Freitag, 31. März

Aula der Universität Jeunes-Rives (Quai Robert Comtesse 2), Neuenburg

15.30 Delegiertenversammlung (1. Teil)

1. Begrüssung und politische Lagebeurteilung durch Ständerat Dr. Bruno Hunziker, Parteipräsident
2. Kurze Ansprache von Bundesrat Kaspar Williger
3. Neue Finanzordnung des Bundes
Ausprache und Beschlussfassung über die Vernehmlassungsantwort
4. «Das Steuersystem von morgen – wegweisend für unsere Zukunft»

18.30 Schluss des 1. Teils

Cité Universitaire (Clos-Brochet 10), Neuenburg

ab 19.30 FDP-Abend in der Cité Universitaire (Clos-Brochet 10), Neuenburg

Samstag, 1. April

Aula der Universität Jeunes-Rives (Quai Robert Comtesse 2), Neuenburg

9.15 Delegiertenversammlung (2. Teil)

1. Statutarische Geschäfte
 - a) Verabschiedung von Parteipräsident Bruno Hunziker durch Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz
 - b) Wahl des neuen Parteipräsidenten
2. Diskussion und Beschlussfassung über die Abstimmungsempfehlung zur Kleinbauerninitiative

ca. 13.00 Apéritif und kleines Buffet nach Neuenburgerart

Zum Parteitag sind alle Parteimitglieder (mit beratender Stimme) herzlich eingeladen. Anmeldetalons können auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, angefordert werden. Den (stimmberechtigten) Delegierten und Ersatzdelegierten ist die Einladung direkt zugestellt worden.

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschaften-Käufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ (Peikert Econom)
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Ernst Brugger: «Gelebte Schweiz»

Ein Memoirenband, bestehend aus Reden und Aufsätzen aus 40 Jahren Politik aus Anlass des 75. Geburtstages von alt Bundesrat Ernst Brugger, ausgewählt vom Autor selber – kann da mehr als Pflichtlektüre erwartet werden? Ist es nicht so sicher wie das Amen in der Kirche, dass nur eine gefilterte Auswahl von mündlichen und schriftlichen Äusserungen Aufnahme fand, die sich im Rückblick als geeignet erwiesen, um der «Nachwelt» überliefert zu werden? Und pflegen Ansprachen und Artikel helvetischer Magistraten überhaupt in Form und Inhalt derart zündend zu sein, als dass sich ihre Lektüre noch Jahre und Jahrzehnte danach lohnt?

Was angesichts landläufiger Erfahrungen als nicht unbegründete Skepsis gelten mag, erweist sich beim Lesen von Ernst Bruggers Aufsätzen und Reden nach wenigen Sätzen als Vorurteil. Die Lektüre weckt nicht bloss die Erinnerung und vermittelt dann und wann Aha-Erlebnisse. Sie bringt vielmehr Gewinn, weil sie ein relevantes Stück schweizerischer Politik der letzten Jahrzehnte vergegenwärtigt. Und mehr noch: Sie bereitet Vergnügen.

Schmunzelt der Insider, der Ernst Bruggers politische Laufbahn während einer Wegstrecke verfolgt hat, wenn er den Spruchweisheiten von Wilhelm Busch

bis Gottfried Keller wieder begegnet, so wird jeder interessierte Leser dieses Sammelbandes auf die Form aufmerksam werden, in welcher der Geburtstagsjubililar während der ganzen Zeit seiner politischen Tätigkeit seine Botschaften an die Öffentlichkeit trug. Denn die Darstellung steht für den politischen Stil Ernst Bruggers: Die Formulierungen kommen geradlinig daher, plastisch, anschaulich, und verlieren sich nie in abstrakte Gefilde. Ohne dass die Form auf Kosten des Inhaltes dominiert: Die Darstellung wirkt eingängig, spricht – gewissermassen ganzheitlich – nicht allein rational den Intellekt, sondern durchaus auch emotional das Gemüt an.

Beeindruckt schon die Form, gilt das womöglich noch mehr für den Inhalt, vor allem für die Spannweite des Fächers an angesprochenen Themen. Zeitlich spannt sich der Bogen von der Ansprache des 25jährigen Sekundarlehrers zum 1. August 1939, in welcher er seine Gossauer Mitbürger vor dem «Blendwerk ausländischer Diktatoren» warnte, bis zum Referat anlässlich der Erinnerungsfeier Ende letzten Jahres zur zürcherischen Kirchengesetzgebung, deren Spiritus rector Ernst Brugger gewesen war. Da und dort gewinnen Ausführungen unvermittelt auch neue Aktualität: so etwa die Bemerkungen des 1. Präsi-

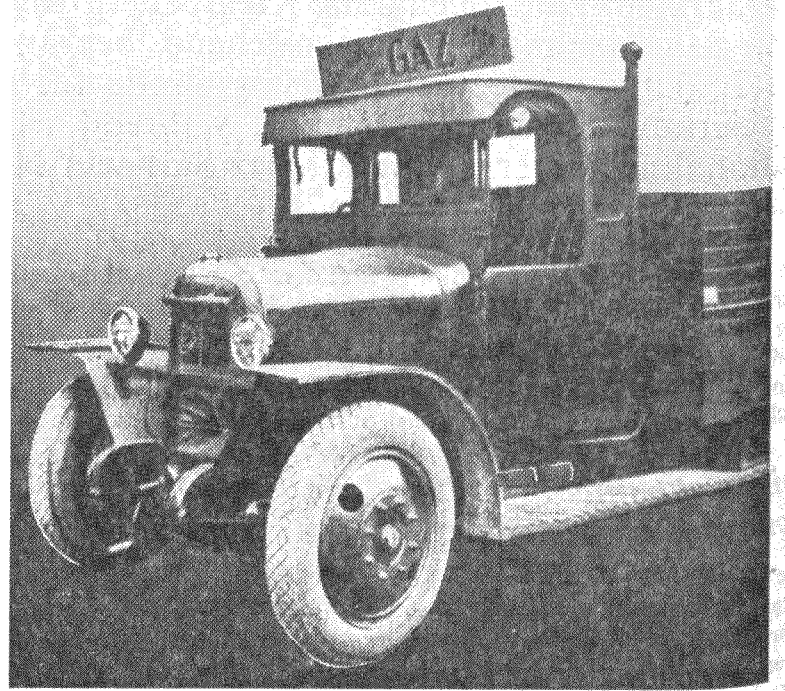
denten der Behördendelegation für den zürcherischen Regionalverkehr angesichts der vor der Realisierung stehenden Zürcher S-Bahn oder die Standortbestimmung des Volkswirtschaftsministers zur europäischen Integration aus dem Jahre 1972 angesichts der Perspektive EG 1992.

Der Band zeichnet ein aussagekräftiges Porträt eines schweizerischen Politikers, dem – in bäuerlichen Verhältnissen aufgewachsen – der vielzitierte Marschallstab keineswegs in die Wiege gelegt schien und der dann geradezu eine helvetische Musterlaufbahn vom Gemeindepräsidenten über den Regierungsrat bis zum Bundesrat durchlief – und der vor allem, auch auf dem Plafond in der Landesregierung angelangt, zu den prägenden Figuren dieses Kollegiums gehörte. Gleichzeitig macht die Lektüre indessen deutlich, dass hier nicht nur ein Politiker mit einer Bilderbuchkarriere zu Wort kommt, sondern einer, dem der Dienst an der Res publica ein geradezu missionarisches Anliegen war. «Gelebte Schweiz» heisst der Titel des Buches: Ernst Brugger hat in der Tat für diese Schweiz gelebt. Mehr noch, man spürt: Er hat diese Schweiz geliebt.

Oscar Fritschi

Ernst Brugger: Gelebte Schweiz. Reden und Aufsätze aus 40 Jahren Politik. Wetzikon 1989, Fr. 28.–

Sind wir heute weiter?



Nein und ja. Nein, weil das Problem «umweltbelastender Treibstoff» noch immer besteht. Ja, weil man seiner Lösung sehr nahe ist, und zwar durch die Verwendung von Erdgas anstelle von Benzin und Diesel. An der Entwicklung der dazu notwendigen Technologie ist Sulzer-Burckhardt schon seit 70 Jahren beteiligt und steht heute mit seinen Hochdruckkompressoren für Erdgastankstellen an erster Stelle.

In irgendeiner Form können wir auch Ihnen nützlich sein. Ob mit unserer Forschungstätigkeit, unserem Know-how, unseren Produkten oder unseren Arbeitsplätzen.

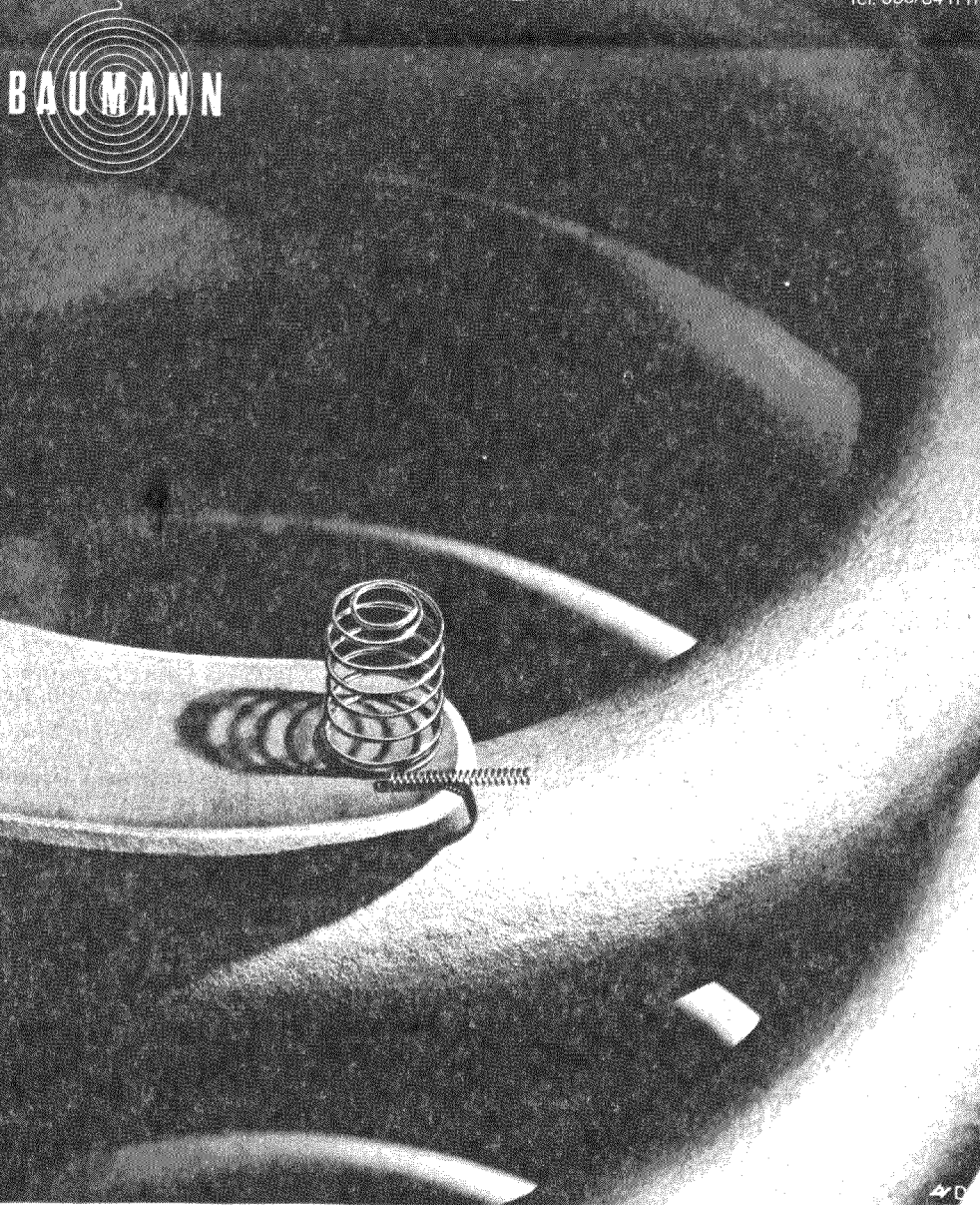
SULZER

Wir dienen vielen. Mit vielem.

FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rüti
Tel. 055/84 11 11



Führend im Pflanzen- und Holzschutz

Pflanzenschutz in der Landwirtschaft

Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

Haus und Garten

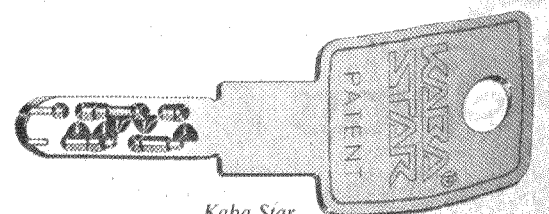
Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

Holzschutz

Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz – wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
Das universelle Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe Sport der FDP der Schweiz

FDP-Sportgruppen auf kantonaler Ebene?

Die Arbeitsgruppe Sport der Schweiz möchte die freisinnigen Parteifreunde dazu animieren, auf kantonaler und allenfalls gar lokaler Ebene eigene Sportgruppen zu bilden. Der Präsident der schweizerischen Arbeitsgruppe, Hugo Steinegger, begründet diesen Vorschlag:

«Treibe Sport oder bleibe gesund» entwickelt sich langsam zu einem geflügelten Wort, das die Doppelbödigkeit oder die vermeintliche Doppelbödigkeit des Sportes aufzeigen soll. Der engagierte Zürcher Schulsportfachmann Herbert Donzé hat an einem Europaratseminar gesagt: «Auf die Frage «Ist der Sport gut oder schlecht?» verwende ich meistens den Vergleich mit dem Wasser. Wasser ist schlecht, es verursacht Überschwemmungen, ich kann darin ertrinken; Wasser ist gut, ohne Wasser gibt es kein Leben, dem Verdurstenden bedeutet Wasser Rettung. Wenn es lange regnet, schimpfen wir; wenn es lange nicht regnet, schimpfen wir auch. Mit dem Sport ist es ebenso. Für den einen ist er lebensnotwendig, für den andern kann er im Extremfall den Tod bedeuten. Dazwischen liegen alle Abstufungen seiner Wertung. Sport bringt Freude, Sport bringt Hass, Sport bringt Freunde, Sport macht Feinde, Sport bringt Geld, Sport kostet Geld, Sport bringt Lebensmut für Invalide, Sport macht Invalide. Sport und Wasser sind demnach jenseits von Gut und Böse. Durch Erziehung soll der Mensch lernen, wie man damit umgeht. Erziehung zum Sport ist auch Erziehung zum Risiko. Das grösste Risiko aber ist eine Erziehung ohne Sport.»

Geschichte und Tradition zeigen eine starke Verflechtung der Sportführung und der Sportförderung in unserem Land. In die wesentlichsten Aufgaben teilen sich zwei staatliche und zwei nichtstaatliche Institutionen, nämlich der Bund, die Kantone mit ihren Gemeinden, der Schweizerische Landesverband für Sport (SLS) mit seinen Partnern und die Sportverbände mit

ihren Vereinen und Klubs. Diese Vielfalt setzt ein Konzept voraus, das Aufgaben und Zuständigkeiten sinnvoll auf die einzelnen Verantwortungsträger aufteilt, eine wirkungsvolle Zusammenarbeit sichert und die grundsätzlichen Verbindungen zwischen Sport und Politik aufzeigt; denn Sport ist immer ein Teil der Gesellschaft und damit Politik. Letztere prägen den gesellschaftlichen Stellenwert des Sportes, der zurzeit recht hoch scheint. So gibt

sich in einer Tageszeitung in 9 von 17 Heiratsinseraten der Inserent oder die Inserentin als sportlich interessiert, mit sportlicher Neigung oder als sportliche Persönlichkeit zu erkennen.

Auch in unserer Partei gilt es den Sport zu fördern, vor allem auf kantonaler und kommunaler Ebene. Dabei sei nicht unerwähnt, dass die sporttreibende Bevölkerung ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotential darstellt, wenn sie richtig angesprochen wird. Die Arbeitsgruppe «Sport» der FDP Schweiz möchte die Parteivorstände animieren, in dem von ihnen betreuten Bereich auf die Gründung der Re-Aktivierung kantonaler oder lokaler FDP-Sportgruppen hinzuwirken.

Es hat sich in Wahlgängen immer wieder deutlich gezeigt, dass in Sportkreisen anerkannte Persönlichkeiten überdurchschnittlich viele Stimmen auf sich vereinen. Es ist auch daran zu denken, dass die Frau im Sport ungleich «emanzipierter» ist als im «normalen» Alltag. Die Arbeitsgruppe «Sport» steht Partei-

vorständen gerne mit Rat und Tat zur Seite, denn ihre Mitglieder sind der Überzeugung, dass wirksame Parteiarbeit auf dem populären Gebiet des Sports vor allem an der Basis geleistet werden muss.

Nachstehend seien einige Themen genannt, die den Aufgabekreis einer lokalen FDP-Sportgruppe umreißen:

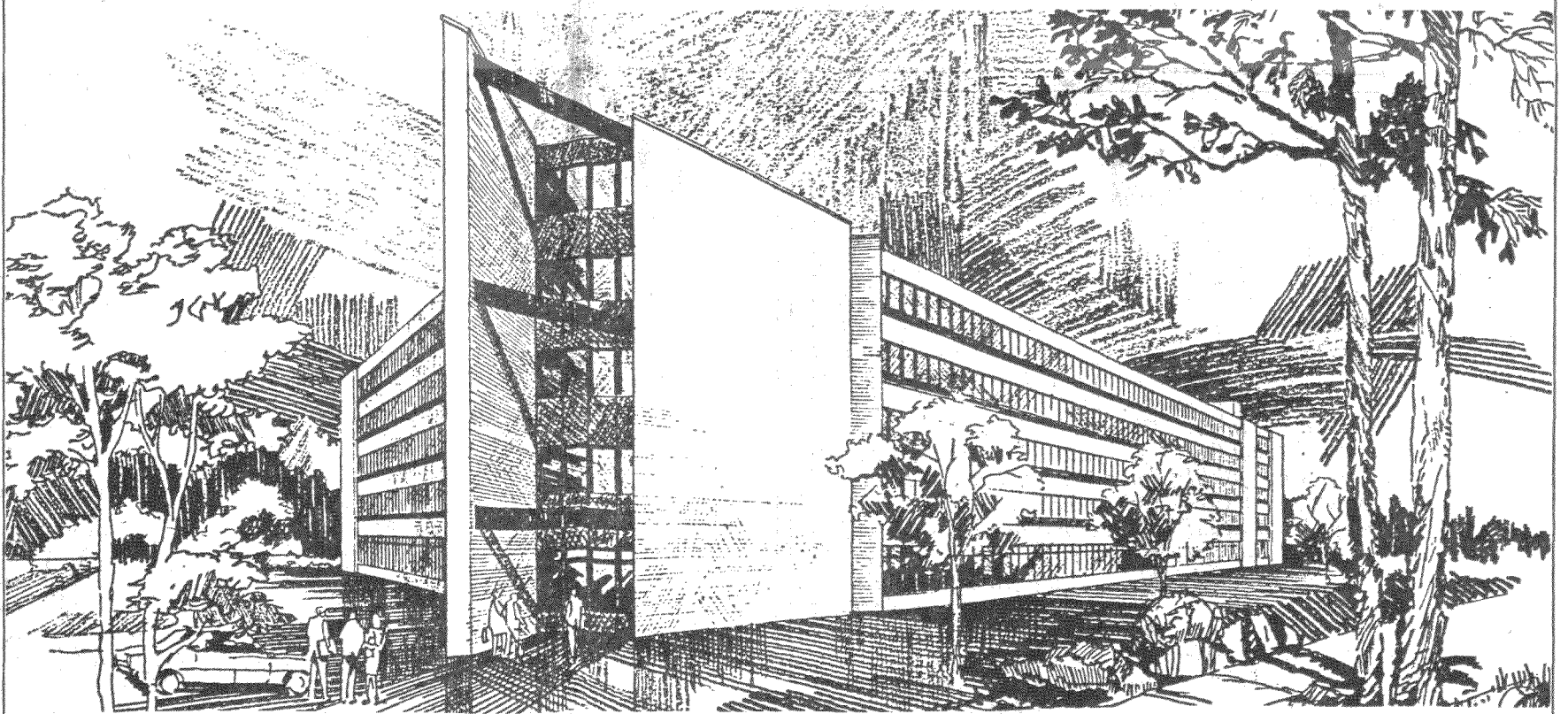
- Zusammensetzung der kantonalen Turn- und Sportkommission
- Verteilung der kantonalen Sport-Toto-Gelder (Art und Weise)
- Lehrlingssport
- Initiativen im Sportstättebau
- sportbetonte und sportbezogene Veranstaltungen in Wahlkämpfen

Die Arbeitsgruppe «Sport» der FDP Schweiz ist überzeugt, dass sich in unsern Parteigremien die geeigneten Persönlichkeiten finden, die sich dem Sport in und um die FDP annehmen. Wir danken den Parteivorständen für den Einsatz und die Bemühungen im Sportbereich.

SBB und Neat: Parlamentarisches Nachspiel

Der Bundesrat soll Stellung nehmen zu Aussagen seitens der SBB-Generaldirektion, wonach eine Lötschbergvariante der Neat eine dritte Spur auf der Strecke Mattstetten-Rothrist nötig machen würde. Dies fordert in einer Interpellation Nationalrat Christian Wanner. Der freisinnige Solothurner macht in seinem Vorstoss darauf aufmerksam, dass ein solcher Schritt zwangsläufig neue Belastungen für die durch «Bahn 2000» bereits betroffene Region bringen würde. Er will zudem von der Landesregierung wissen, ob diese bereit ist, auch nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens die betroffenen Kantone über die Notwendigkeit einer dritten Spur zu orientieren. Ebenso fordert er Auskunft, ob in einer ersten Phase die Neat durch den Lötschberg mit den bestehenden Zuführstrecken in Betrieb genommen werden könnte.

Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel in Dübendorf: Das Geschäftshaus DECpark, Hauptsitz der Digital Equipment Corporation AG. Switzerland
Generalplaner: Suter + Suter AG, Zürich

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich sowie Zweigniederlassungen in Luzern und St. Gallen gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmensgruppe

mit Hauptsitz in Thun. Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige

Partnerschaft ein, die auf Vertrauen, Flexibilität und Auftrags-treue beruht.

Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!

Frutiger
Generalunternehmung

Frutiger Generalunternehmung AG

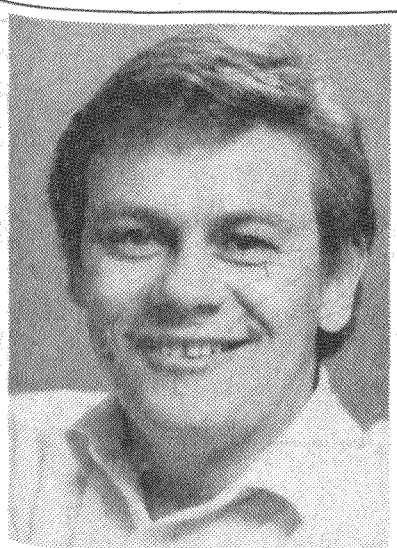
Heinrichstrasse 216
8005 Zürich
Telefon 01 44 30 36

Seefeldstrasse 8
3602 Thun
Telefon 033 21 44 44

Effingerstrasse 13
3011 Bern
Telefon 031 26 11 06

Gerliswilstrasse 44
6020 Emmenbrücke
Telefon 041 55 76 76

Obere Büschenstrasse 4
9000 St. Gallen
Telefon 071 23 33 90



Hugo Steinegger, Präsident der Arbeitsgruppe Sport der FDP Schweiz, Presse- und PR-Chef Schweizerischer Landesverband für Sport (seit 1970); Presseattaché Schweizer Olympia-Delegationen (seit 1972); Pressechef Schweizer Olympia-Kandidatur Lausanne '94; Mitglied Pressekommission Int. Olympisches Comité; Organisator und Pressechef von verschiedenen internationalen Grosssportanlässen; Autor diverser Sportpublikationen; geschäftsführender Vizepräsident SC Bern 1972-1978, Präsident 1981/82. Wohnort: Bern.

WALDE & PARTNER
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44

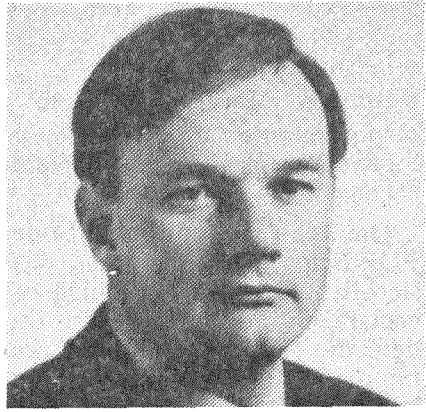
Ihre Verbindung
zum Käufer nach Mass

Die freisinnige Politik der Zukunft

Herausforderung annehmen

FDP-Nationalrat Christian Wanner (Messen SO) plädiert dafür, dass die Freisinnigen sich vermehrt der Herausforderung der Zukunft annehmen und – wie sie es bis anhin getan haben – auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet die Aufgaben anpacken. Nachstehend ein Auszug aus seinen Überlegungen:

Wer andere für seine politischen Ideen begeistern will, muss zuerst wissen mit was. Unsere Zeit verlangt klare Stellungsbezüge, wir sind eine mitverantwortliche Partei, die sich nicht in die Ecke abdrängen lassen will. Jüngst vernahm ich den Vorwurf, die Freisinnigen würden sich stets mit anderem beschäftigen und hätten den Mut nicht, sich selber zu hinterfragen. Dies stimmt in keiner Art und Weise, und ich bin gerne bereit, den Gegenbeweis anzutreten. Allerdings wird man es mir kaum verübeln können, wenn ich auch unseren politischen Gegnern einige Gedanken widmen werde.



dass es Gruppen des wirtschaftlichen Einflusses geben muss. Diese festzulegen kann aber niemals Sache des Staates sein, sondern des Einzelnen und der zuständigen Partei. Erstaunlich ist nur, wie immer wieder über die Wirtschaft hergefallen wird. Die gleichen Leute aber wollen nicht nur davon leben, sondern verlangen immer wieder mehr, das von der gleichen Wirtschaft immer neu erarbeitet werden muss, die gleichzeitig verkezert wird. Politik und Wirtschaft dürfen sich in unserem Land nicht ausschliessen. Ich kenne verschiedene Wirtschaftsführer, die in hohem Masse politische Verantwortung tragen und die sich den Anliegen des Gewerbes, der Arbeitnehmer und der Landwirtschaft nicht verschliessen. Sicher gibt es auch andere, aber wir müssen damit aufhören, uns immer wieder von

anderen die negativen Beispiele vorhalten zu lassen. Unser Land ist zu dem geworden, was es ist, weil sich jene durchsetzen, die Verantwortung übernehmen und Probleme als solche erkennen, sie lösen und nicht anderen in die Schuhe schieben. Genau hier scheint mir für die FDP ein bedeutender Angelpunkt zu sein. Dafür brauchen wir noch mehr Leute, die bereit sind, in die politische Verantwortung einzutreten. Solche, die aussteigen und damit kaum mehr bereit sind, für die Gemeinschaft tätig zu sein, haben wir mehr als genug.

Prioritäten setzen

Freisinnige Politik muss aber auch heissen, Prioritäten setzen und sich nach der Decke strecken. Auch ich möchte mich dieser Forderung nicht verschliessen und einige Bereiche berühren, die ganz besondere Anforderungen stellen. Bei der Energiepolitik sind wir so klug wie zuvor. Ausser der Tatsache, dass Kaiseraugst nicht gebaut wird und damit weitere Kernanlagen mindestens kurz- und mittelfristig nicht mehr realisiert werden können, ist wenig Neues bekannt. Trotzdem steigt der Verbrauch an Elektrizität an und damit die zunehmende Auslandabhängigkeit ebenfalls. Staatssekretär Blankart hat diese Tatsache unlängst als gefährliche Bedrohung der Schweizer Wirtschaft bezeichnet. Ich gehe mit ihm vollkommen einig. Hier muss die FDP wieder eine führende Rolle übernehmen, nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern der gesamten Bevölkerung. Persönlich bin ich für einen Energieartikel in der Bundesverfassung. Trotzdem wäre es ein Irrtum zu glauben, wir könnten die kommenden energiepolitischen Wei-

Ungereimtheiten um Aubert-Reisen

Parlamentarischer Vorstoss von freisinniger Seite

Als «in hohem Masse erstaunlich» bezeichnet Nationalrat Jean-Pierre Bonny in der Begründung einer Interpellation Äusserungen von alt Bundesrat Pierre Aubert, die dieser nach einem Besuch in Rumänien machte.

Der Berner Freisinnige weist in seinem Vorstoss darauf hin, dass Aubert in Erklärungen sowohl die schweren Menschenrechtsverletzungen wie die Dorfzerstörungsaktionen in diesem Land verniedlichte und mit seinem Besuch dazu beitrug, «die internationale Isolation Rumäniens zu durchbrechen».

Nach Ansicht von Nationalrat Bonny erhält man durch die Erklärung Auberts die Auffassung, dass Bundesrat und eidgenössische Räte ihre Kritik an den Zuständen in Rumänien hätten unterlassen oder zurückstellen sollen, um den früheren eidgenössischen Aussenminister auf «seiner Einladungsreise bei der rumänischen Regierung nicht zu stören».

Nachdem alt Bundesrat Aubert in Rumänien auch familienrechtliche Probleme erörtert hatte und ihm vom Staatschef eine eineinhalbstündige Unterredung gewährt worden war, will Nationalrat Bonny vom Bundesrat wissen, welcher Natur – offiziell, halboffiziell oder privat – der Besuch war und ob die Landesregierung vorgängig darüber orientiert worden war. Ferner stellt er die Frage, ob der Bundesrat nicht der Ansicht sei, dass ehemalige Mitglieder der Landesregierung «auf Missionen mit derartig diffussem Charakter verzichten» sollten. Er verweist dabei auch auf ähnliche Reisen Auberts nach Kuba und China. Zudem wünscht Bonny eine Antwort des Bundesrates auf die Frage, ob dieser nicht die Meinung teile, dass alt Bundesrat Aubert auf die offizielle Haltung der Landesregierung und des Parlamentes Rücksicht nehmen sollte und nicht umgekehrt Bundesrat und Parlament auf die offenbar abweichende Auffassung Auberts.

Basisarbeit

Die FDP hat es in den letzten Jahren geschafft, zur stärksten Partei in unserem Land aufzurücken. Der politische Erfolg muss immer von unten nach oben wachsen. Eine breite Basis und eine schlagkräftige Spitze sind gefordert. Eine ausschliesslich kopflastige Partei fällt früher oder später um, weil der Schwerpunkt zwangsläufig zu hoch liegt.

Der Vorwurf, die FDP sei eine reine Wirtschaftspartei, ist fehl am Platz. Dieser Vorwurf kann selbst dann nicht erhoben werden, wenn die unterschiedlichen Strukturen verschiedener Kantonalparteien betrachtet werden. Dabei sei nicht verschwiegen,

aus ausschliesslich über die Verfassung und die entsprechende Gesetzgebung stellen.

Stellen und annehmen

Aufgaben zu erfüllen haben wir aber auch in der Wirtschaftspolitik. Ein kommender gemeinsamer Markt in Europa kann die Schweiz nicht unberührt lassen. Heute gilt es die Strategie zu entwickeln, die für morgen Erfolg zu versprechen vermag. Dabei sind zwei Rahmenbedingungen zu beachten: Ein Beitritt zur EG kann

aus bekannten Gründen nicht erfolgen, und es kann nicht in Frage kommen, dass kommende Verhandlungen beispielsweise auf dem Buckel der Landwirtschaft ausgetragen werden. – Das sind nur zwei Beispiele kommender Herausforderungen. Weitere liessen sich leicht im Bereich der Umweltpolitik, der Sozialpolitik oder auch der Landwirtschaftspolitik anführen. Wir Freisinnigen müssen uns diesen Herausforderungen stellen und sie annehmen.

Faxen oder «aussteigen»?

Oder: die SPS, der Atomstrom und der Telefax

Als moderne, in ihren Visionen gar avantgardistische Partei kann es sich auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) nicht länger mehr leisten, die Mittel der modernen Kommunikation zu verschmähen. Wohl hätte ein solcher Verzicht irgendwo noch einen grünen Anstrich, aber wer nicht mit modernstem technischem Gerät kommuniziert, wird nicht mehr wahrgenommen, sein Credo verhallt ungehört. Nun denn: Der Parteipressedienst wusste kürzlich – per Post – zu vermelden, dass die SPS jetzt auch über einen Telefax verfüge: Eine Partei nützt moderne Kommunikationsmittel. Das ist – an sich – gut so.

Paradox allerdings der Umstand, dass die SPS durch die Anschaffung eines notabene (atom-)strombetriebenen Apparates unter anderem just jene Mitteilungen durch den Äther schicken wird, die sich gegen die Elektrizität, gegen den eigentlichen Lebensnerv des heute so unentbehrlichen Bürogerätes,

richten. Merke: Auch der Telefax braucht wieder ein bisschen mehr Strom. Die Partei wird fortan ihre Forderung nach einem «Ausstieg» aus der Kernenergie per Telefax weitervermitteln und muss sich deshalb den zweifelhaften Ruf gefallen lassen, Wasser zu predigen, aber Wein zu trinken.

Dass die SPS gegenüber Neuem offen ist, hat sie schon bei Gelegenheiten gezeigt, die über die Anschaffung eines neuen Bürogerätes in der Parteizentrale hinausgegangen sind. Dass sie aber nicht bereit ist, jenen Preis zu bezahlen, den gerade solche Neuerungen fordern, verblüfft, gelinde gesagt, verwundert aber nicht. Alles konsumieren, brauchen und ausnützen, was die Technik zu bieten hat, aber die damit unmittelbar verknüpften Konsequenzen nicht akzeptieren? – Faxen und «aussteigen» bleibt eben ein ewiger Widerspruch. So gesehen, heisst die Frage an die SPS also vielmehr: «faxen oder aussteigen?»

Argus



Teamwork lohnt sich.

Gerade in turbulenten Zeiten brauchen Sie eine solide und individuelle Beratung im Sinne der klassisch konservativen Schweizer Tradition. Die Bank Julius Bär, eine der führenden Schweizer Privatbanken mit Sitz in Zürich sowie Niederlassungen in London und New York, hat über 40 Jahre Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung. Unser bewährtes Team verfolgt weltweit das primäre Ziel, das Vermögen der Kunden zu erhalten und zu mehren. Mit einer zwar konservativen, aber dennoch innovativen Anlagepolitik.

JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 2285111
Genf · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.

Senden Sie mir bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.